



Wahlergebnisse



Seite 2

Arbeit



Seite 5

Forum



Seite 6-7

Die Wahlergebnisse

Eine herbe Wahniederlage

17. September, 18 Uhr: Die Niederlage der Linkspartei.PDS bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wird offenkundig. Vier Prozent unter den Erwartungen, hohe Stimmenverluste in den Ostberliner Bezirken. Das ist eine deutliche Kritik an unserer bisherigen Politik.

Nun hat die Ursachensuche begonnen, die Debatte mit den Parteimitgliedern wird intensiv geführt. Eines ist dabei schon jetzt sichtbar: Es gibt keine eindimensionalen Antworten auf diese Niederlage. Am engagierten Wahlkampf im Bezirk und an der landesweiten Wahlkampfleitung scheint es jedenfalls nicht gelegen zu haben.

Mit drei Prozent unter dem Bundestagswahlergebnis von 2005 und 9,2 Prozent unter dem Ergebnis von 2001 ist unsere Partei weiterhin drittstärkste politische Kraft in Berlin. Im Ostteil errang Die Linke. 2001 noch 47,6 Prozent. Jetzt waren es nur noch 28,1 Prozent. Berlinweit unterdurchschnittlich blieben wir vor allem bei der Wählergruppe der jungen Menschen bis 35 Jahren und bei Frauen.

Der landespolitische Abwärtstrend ist auch für Pankow kennzeichnend. Das erste politische Ziel, stärkste Partei zu werden, haben wir nicht erreicht. Wir sind hinter

Linke.PDS	BTW 1998	AH 1999	AH 2001	BT 2002	BT 2005	AH 2006
Ergebnis in %	25,7	34,4	42,9	20,6	24,6	22,2

der SPD zweitstärkste politische Kraft. Die Linke im Bezirk hat nur noch 14 statt bisher 22 Mandate in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und stellt künftig zwei der sechs Bezirksamtsmitglieder. Besonders hohe Verluste haben wir bei den Zweitstimmen im Prenzlauer Berg zu verzeichnen. Hier kumulieren Bevölkerungs- und ein soziokultureller Wandel. Es gelang der Linken nicht, Akzeptanz in diesen Milieus zu schaffen.

WK	2006	2001	Differenz	2005	Differenz
1	26,3 %	39,7 %	-13,4 %	28,2 %	-1,9 %
2	20,4 %	33 %	-12,6 %	22,1 %	-1,7 %
3	29,2 %	41,4 %	-12,2 %	27,3 %	+1,9 %
4	25,3 %	37,2 %	-11,9 %	27,7 %	-2,4 %
5	28,8 %	42,6 %	-13,8 %	28,4 %	+0,4 %
6	19 %	36,7 %	-17,7 %	17,9 %	+1,1 %
7	26,9 %	40,1 %	-13,2 %	25,3 %	+1,6 %
8	19,7 %	37,2 %	-17,5 %	17,4 %	+2,3 %
9	26,4 %	41,5 %	-15,1 %	26,2 %	+0,2 %

Gemessen an den Ergebnissen von 2001 sind B'90/Die Grünen die Wahlgewinner. Sie können einen Zugewinn von vier Prozent in Berlin, im Ostteil von 4,6 Prozent und in Pankow von 6,4 Prozent verzeichnen. Die SPD konnte auf Berliner Ebene 1,1 Prozent hinzugewinnen, in Pankow waren es 5,5

Prozent. Die CDU verlor Berlin weit 2,5 Prozent und in Pankow auf niedrigem Niveau 0,6 Prozent. Alarmierend sind die gestiegenen Stimmenanteile und die absoluten Stimmen für die rechtsextremistischen Parteien.

Das zweite politische Ziel unserer Partei, Direktwahlkreise im Bezirk zu erringen, haben wir ebenfalls verfehlt. Trotz des engagierten Wahlkampfes, der oft an die Grenzen unsere Kapazitäten und Mög-

lichkeiten ging, haben wir keinen Wahlkreis erobert. Dabei ist die aktive Unterstützung von neuen und jüngeren Mitgliedern besonders hervorzuheben. Lasst uns gemeinsam über die Ursachen für diese herbe Niederlage reden.

Uwe Melzer
Wahlkampfleiter

Parteitag für Koalitionsverhandlungen



Am 28. September sprach sich der Parteitag der Linkspartei.PDS auf Grundlage der Sondierungsergebnisse für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der SPD aus.

Die Sondierungen ergaben: Dem Einstieg in ein längeres gemeinsames Lernen durch Pilotprojekte verschließt sich die SPD nicht länger. Einigkeit besteht, dass BVG,

BSR, Charité und Vivantes sowie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften nicht privatisiert und ein Programm gegen Rechtsextremismus aufgelegt werden sollen. Es wird in der Legislatur der Einstieg in einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor vollzogen, der reguläre Arbeitsverhältnisse schafft statt Ein-Euro-Jobs. Schrittweise soll der kostenfreie Kitabesuch für Kinder von drei bis sechs Jahren eingeführt werden. Dissens hingegen besteht bei der Beibehaltung eines absoluten Studiengebührenverbots. Die SPD will Langzeitgebühren.

Die SPD beschloss einen Tag später die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei. PDS. Ende Oktober werden Ergeb-

nisse erwartet. Dann entscheiden Sonderparteitage über die Zustimmung zum Koalitionsvertrag.

Der PDS-Sonderparteitag beschloss zudem, dass die Gründe der Wahniederlage analysiert werden müssen – mit den Basisorganisationen, auf Basistagen, im Strategieforum, mit den Bezirksvorsitzenden. Es soll auch eine Studie zur Analyse unserer Wählerpotentiale erstellt werden. Erklärtes Ziel ist, dass sich die Partei intensiver mit der Landespolitik befasst, die Parteireform in Angriff nimmt und sich stärker der Gesellschaft öffnet. Wie dies alles genau aussehen kann, soll bis zu einem Parteitag Anfang 2007 beraten werden.

Sandra Brunner
Parteitage-Delegierte

Wahlniederlage

Soziales Profil erkennbar machen

extraDrei sprach mit Gernot Klemm, Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS in Pankow:

Man muss wohl ungeschminkt zugeben, dass wir die Verlierer der Berliner Wahlen 2006 sind. Welche Gründe siehst Du hierfür?

Wir sind unumstritten der Wahlverlierer. Die Gründe dafür sind sicher sehr vielschichtig. Wir sind deshalb auch noch mitten in der Ursachen-suche. Dabei tun wir aber gut daran, nicht auf andere, zum Beispiel auf das Antreten der WASG, zu schießen, sondern die Gründe für den in dieser Härte für mich völlig unerwarteten Wahlausgang bei uns selbst zu suchen: bei unserer Politik. Wir waren für viele Wählerinnen und Wähler – auch für solche, die lange zu uns gehalten haben - kein erkennbares soziales Korrektiv in der Berliner Koalition. Wir haben unseren sozialen Anspruch und unsere soziale Kompetenz nicht hinreichend in der praktischen Politik von Rot-Rot zur Geltung gebracht und haben damit an sozialem Profil erheblich verloren.

Trotz des schlechten Wahlergebnisses wurde von unseren Genossinnen und Genossen ein sehr engagierter Wahlkampf geführt. War das zu erwarten?

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ihren engagierten Einsatz bedanken. Mit über 300 Informationsständen, 4.500 Plakaten, zahlreichen Steckaktionen und vielen Veranstaltungen haben sie versucht, ein gutes Wahlergebnis zu erzielen. Der Einsatz gerade neuer Parteimitglieder hat mich ebenfalls überrascht. Umso schlimmer, dass wir nun mit einem so schlechten Wahlergebnis umzugehen haben. Ich hoffe, dass wir in unserer weiteren politischen Arbeit trotzdem an diese Aktivitäten anknüpfen können.

Auch wenn wir in Pankow keines unserer Wahlziele erreicht haben, sind wir zweitstärkste Kraft geworden. Was kommt jetzt auf uns zu?

Als nunmehr „nur“ zweitstärkste Partei sind wir nicht mehr in dem Maße in allen bezirklichen Politikbereichen so stark in der Pflicht,

wie wir es als stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung gewesen sind. Das kann aber nicht bedeuten, dass wir uns nun zurücklehnen und auf bessere Zeiten warten.

Deswegen haben wir als Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung mit der SPD vereinbart, den SPD-Bürgermeister zu wählen und Sozial-, Kultur- und Jugend-einrichtungen zu erhalten.

Es wurde auch ein neuer Ressort-zuschnitt vereinbart. Vorbehaltlich der Wahlen zum Bezirksamt, die ab dem 26. Oktober von der BVV durchgeführt werden, soll das Jugendressort auch zukünftig von Christine Keil vertreten werden. Dazu kommt die Zuständigkeit für die bezirklichen Immobilien.

Das Wirtschafts- und Kulturressort bleibt bei Almuth Nehring-Venus. Wichtig ist, dass sie zukünftig auch für den Bereich Stadtentwicklung verantwortlich sein wird.

Burkhard Kleinert soll BVV-Vorsteher werden. Über seine Bereitschaft, dieses wichtige repräsentative Amt im Bezirk übernehmen zu wollen, habe ich mich sehr gefreut.

Wir haben nun eine sehr bunte Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Neben den „großen“ Parteien haben auch die Grauen, die WASG und ein Republikaner den Sprung über die drei Prozent geschafft. Wie schätzt Du die neue Situation ein?

Gerade in Anbetracht der neuen Mehrheitsverhältnisse kommt es darauf an, dass sich in der BVV Partner finden, die gemeinsam die Bezirkspolitik gestalten wollen. Für Haushaltspläne oder bezirkliche Entwicklungsplanungen braucht man stabile Mehrheiten. Da sind wir auch als zweitstärkste Fraktion in der Pflicht und dieser Verantwortung werden wir uns stellen.

Schlimm finde ich den Einzug eines Republikaners in die BVV. Die Auseinandersetzung mit faschistischen und rassistischen Tendenzen muss deshalb ein Schwerpunkt der Bezirkspolitik sein.

Die Wahlen haben einige Schwächen unserer Partei zum Vorschein gebracht. Was müs-



sen wir die nächsten Jahre anpacken, um wieder erfolgreicher abzuschneiden?

Wir müssen verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Voraussetzung dafür ist die Reorganisation unserer Bezirksorganisation. Gemeinsam kann es uns gelingen, wieder zu einem erkennbaren sozialen Korrektiv in der Bezirks- und Landespolitik zu werden. Mit diesem Ziel wollen wir Projekte entwickeln, die wir umsetzen und die auch in der Öffentlichkeit klar mit unserem politischen Wirken verbunden werden.

Dazu gehört der Kampf um den Erhalt kommunaler Unternehmen bzw. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Kitas oder Wohnungsbaugesellschaften. Dazu gehört der Einsatz für ein längeres gemeinsames Lernen an den Schulen oder für eine kostenfreie Kita für alle. Dazu gehört die Schaffung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit tariflich bezahlter Arbeit, durch den wir auch die bezirkliche soziale Infrastruktur sichern und ausbauen können.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen gute Politik der Linkspartei auch praktisch erfahrbar sein.

Interview: Julian Plenefisch

Koalitionsverhandlungen zwischen Linkspartei.PDS und SPD

Nach Norden blicken



extraDrei sprach mit Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Berliner Abgeordnetenhaus und Bildungsexpertin:

Gegenwärtig finden die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Linkspartei.PDS in Berlin statt. Mit welchen Forderungen im Bildungs- und Hochschulbereich geht die Linkspartei.PDS in die Verhandlungen?

Wir gehen mit unseren Schwerpunktthemen aus dem Wahlkampf in die Koalitionsverhandlungen. In der Schulpolitik wollen wir einen Einstieg in eine integrative Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild. Konkret heißt das, dass wir in dieser Wahlperiode Pilotschulen finden wollen, die sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln, mit denen wir unser Konzept erproben können.

Im Hochschulbereich werden wir dafür kämpfen, dass es auch weiterhin keine Studiengebühren oder Studienkonten gibt.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat ein kostenfreies Kindergartenjahr

gefordert. Der Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) hat das gleich als nicht bezahlbar bestimmt. Was ist real?

Wir waren erfreut, dass sich Wowereit in diesem Punkt unserer langjährigen Position anschließt. Wir mussten die SPD ja schon zum Jagen tragen, als wir das letzte Kitajahr kostenfrei gemacht haben. Jetzt kommt es darauf an, dass Wowereit nicht nur Wort hält, sondern die Kostenfreiheit auch wirklich für alle und sie nicht zu Lasten der Qualität in den Kitas eingeführt wird. Dafür ist DIE LINKE. der Garant.

Aus Deiner Biographie ist ersahbar, dass Du die „Einheitsschule“ der DDR absolviert hast. Wollen wir dahin zurück?

Die Polytechnische Oberschule (POS) der DDR ist ohne Frage in ihrer Struktur näher an dem Modell, das wir jetzt fordern, als das gegliederte Schulsystem aus den alten Bundesländern. In Sachen individueller Förderung und neuer Lehr- und Lernkultur unterscheidet sich die Gemeinschaftsschule

aber zum Teil beträchtlich von der doch stark von Frontalunterricht geprägten DDR-Schule. Die Finnen haben sich ja auch nur von den positiven Elementen der DDR-Schule inspirieren lassen und ihre Gemeinschaftsschule dann in vielen Dingen weiterentwickelt. Insofern wollen wir nicht „Zurück“ sondern, geographisch gesprochen, eher nach Norden blicken.

Bildungsfragen sind soziale Fragen. In sieben Bundesländern werden Studiengebühren eingeführt oder es gibt sie bereits. Wie ist die Situation in Berlin?

Es ist kein Geheimnis, dass Teile der SPD gern mindestens Langzeitstudiengebühren in Form von Studienkonten einrichten wollen. Wir kämpfen gegen Studiengebühren, weil sie dazu führen, dass viele Studierende sich ein Studium nicht mehr leisten können. Das hat der Rückgang bei den Studierendenzahlen in Hessen gezeigt. Wir brauchen aber nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr Studierende.

Interview: Klaus Flemming, Sebastian Schlüsselburg

Gemeinschaftsschule – keine Einheitsschule



Auf einem großen Wahlplakat der Berliner CDU war zu lesen: „Keine Einheitsschule“. Mangels konstruktiver Ideen war diese Partei ja im Wahlkampf überhaupt nur gegen die Vorstellungen anderer, in diesem Falle der Linkspartei.

Es ist schon traurig um die CDU bestellt. Die Forderung nach einer Einheitsschule ist schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts von Comenius (1592 – 1670), einem Pfarrer und Pädagogen, erhoben worden. Ausgehend von einem Menschenbild „allen Kindern alles lehren“ forderte er die Aufhebung der Ständeschule für die Kinder reicher Eltern und die Einführung einer Gemeinschaftsschule.

In der öffentlichen Debatte wird sofort der Bezug zur Einheitsschule der DDR hergestellt. Die Einheitsschule in der DDR war strukturell nur bis zur neunten Klasse eine Gemeinschaftsschule. Erst Mitte der achtziger Jahre wurden die Vor-

bereitungsklassen an den erweiterten Oberschulen aufgehoben. Aber inhaltlich war das Bildungswesen einheitlich ausgerichtet.

Bei den Forderungen der Linkspartei.PDS geht es um den Einstieg in die Gemeinschaftsschule. Hier liegt die Betonung auf „gemeinschaftliches Lernen“ und das so lange wie möglich. Insofern ist unsere Aufgabe, die Schulstruktur zu verändern und schrittweise entsprechend der zehnjährigen Schulpflicht die Kinder gemeinsam zu unterrichten. Die Trennung der Kinder bereits nach der sechsten Klasse in Berlin ist in der Regel auch eine Trennung nach sozialen Gesichtspunkten.

Die zweite zu lösende Aufgabe ist die inhaltlich einheitliche Gestaltung der Bildung vom Kindergarten bis zur Universität. Der Föderalismus in Deutschland ist hierbei nicht immer förderlich. Umzüge mit Kindern von einem Bundesland ins andere sind nicht selten

mit katastrophalen Folgen für die Kinder verbunden. Oftmals werden sie zurückgestellt und müssen Klassen wiederholen.

Mit dem Arbeitspapier „Berlin wird skandinavisch schlau“ hat die Linkspartei einen Weg aus der Bildungsmisere aufgezeigt: Nach ihrem Konzept gehört zur Weiterentwicklung der Bildung eine moderne Unterrichtsgestaltung und die Überwindung des Frontalunterrichts genauso wie die Nutzung aller Kommunikationsmittel und selbständiges Lernen. Das sind auch Schritte zur Integration.

Die Gemeinschaftsschule ist der komplexe Ansatz für die moderne Entwicklung des Schulwesens und geht damit weit über die Einheitsschule der DDR hinaus.

Es kann der CDU bescheinigt werden, dass ihre Forderungen im Bereich der Schulpolitik im Mittelalter stehen geblieben sind.

Klaus Flemming

Arbeit und Verkehr

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Die Kritik der Linkspartei.PDS an Hartz IV hat sich seit der Einführung bestätigt. Eine Bilanz über die Erfahrungen mit dem Einsatz von Ein-Euro-Jobs belegt: Diese Instrumente senken die Arbeitslosigkeit nicht.

Es entstehen kaum neue Arbeitsplätze und die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gelingt kaum. Davon sind vor allem Jugendliche und Langzeiterwerbslose betroffen. Die Linkspartei.PDS dagegen will Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Das war und ist eines unserer wichtigen Projekte im Wahlkampf und in den jetzigen Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren möglichst viele versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in gesellschaftlich wichtigen Bereichen schaffen. Derzeit prüfen wir die Schaffung von 2.500 solcher Beschäftigungsverhältnisse. Sie sollen im sozialen, medi-



zinischen, kulturellen und ökologischen sowie im Bildungsbereich angesiedelt werden.

Die Bezirke und das Land können in diesem Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge oftmals ihrer Aufgaben nicht mehr richtig nachkommen. Durch die Finanzierung öf-

fentlich geförderter Beschäftigung könnte der Bedarf an dieser gesellschaftlich notwendigen und wichtigen Tätigkeit besser befriedigt werden. Außerdem schaffen wir es damit besser, Langzeiterwerbslose wieder in Arbeit zu bringen.

Die Vorschläge der Linkspartei.PDS für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für ALG-II-Empfangende sind auch machbar: Durch die Zusammenfassung von arbeitsmarktpolitischen Geldern wie Regelleistungen, Unterkunftskosten und der Sozialversicherungsbeiträge ist ein Grundstock für die Finanzierung von öffentlich geförderter Beschäftigung gelegt. Dazu kommen Finanzmittel vom Land Berlin.

Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen mit mindestens 1.000 Euro netto entlohnt werden. Das ist menschenwürdiger als Ein-Euro-Jobs.

Dr. Stefanie Schulze

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Warum um die BVG kämpfen?

Freunde des Nahverkehrs wissen um die Stärken und Schwächen der BVG. Ist der Kampf gegen Privatisierungs- oder Zerschlagungsgelüste von Grünen, CDU und FDP etwa ein Kampf ums Prinzip?

Nein! Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind als Anstalt öffentlichen Rechts eines der wichtigsten und größten landeseigenen Unternehmen. Sie ist zugleich das größte kommunale Verkehrsunternehmen der Bundesrepublik, das eines der größten und qualitativ besten Nahverkehrsnetze in Europa betreibt. Bei der BVG sind zurzeit knapp 12.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Abgesehen von den Arbeitsplätzen, die es zu sichern gilt, abgesehen von mehr als vier Milliarden Euro öffentlichen Vermögens in der BVG, geht es um weit mehr:

Weil die BVG ein öffentliches Unternehmen ist, gibt es ein Sozialticket und Schüler- und Geschwisterkarten. Nirgendwo sonst können Schüler für 72 Cent am Tag das ganze Jahr den Nahverkehr nutzen. Stammkunden können ohne



Preisauflage abends und am Wochenende Freunde und Bekannte mitnehmen und tagsüber auch ihr Fahrrad. Um den Nachtverkehr wird Berlin in ganz Europa beneidet.

All das würden sich private Verkehrsunternehmen teuer bezahlen lassen. Streckenführungen aus sozialen Gründen, wie die Anbindung von Krankenhäusern, ebenso. Eine Zerschlagung der öffentlichen Strukturen im Nahverkehr hätte fatale Auswirkungen, insbesondere auf die sozial Schwachen.

Sind wir deshalb mit dem BVG-

Angebot kritiklos zufrieden? Ganz bestimmt nicht. Der Fahrgast hat zu oft das Gefühl, Bittsteller zu sein, wenn er sich an „sein“ Unternehmen mit einem Problem wendet. Die Angebotsverschlechterungen oder das arrogantes Gehabe des BVG-Vorstands in der Diskussion um Straßenbahnstilllegungen nerven die Fahrgäste zusätzlich.

Dem kann und muss die Linkspartei entgegenreten. Sie muss in Regierungsverantwortung den Einfluss des Eigentümers auf die Geschäftspolitik stärken, Missstände schneller bekämpfen und die Finanzierung des Nahverkehrs durchsetzen.

Wenn alle Fehlentscheidungen des Bundestages und die Sparpläne des Finanzsenators Sarrazin (SPD) umgesetzt werden würden, würden dem Berliner Nahverkehr in den nächsten Jahren fast 500 Millionen Euro entzogen. Diesen Tendenzen wollen wir im Sinne der Fahrgäste entgegenwirken.

Jutta Matuschek

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Stimmen des Basistages

Forum: Nach der Wahl

Die Debatte über die Gründe für die Niederlage der Linkspartei.PDS, darüber, was wir zukünftig auf Landes- und Bezirksebene anders in unserer Politikgestaltung und -entwicklung machen müssen und wie wir zur Reorganisation unserer Partei beitragen können, ist nun eröffnet. Dazu hat die Redaktion Stimmen des Basistages Ende September eingefangen:

■ Soziales Profil schärfen

Die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und der mögliche Eintritt in die Landesregierung sind nach der bitteren Wahlniederlage keine leichten Entscheidungen. Die Linkspartei.PDS in Berlin, angetreten für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, sieht sich mit vielen enttäuschten Erwartungen und zerstörten Hoffnungen von Bürgerinnen und Bürgern, ja Vorwürfen von Schmusekurs und Entzauberung in ihrer Regierungsbeteiligung konfrontiert.

Ein konsequentes Eintreten für die im Wahlkampf benannten Projekte und die Schärfung ihres sozialen und politischen Profils – darin liegen die Chancen künftiger Politik und die Hoffnungen der Wähler der Linkspartei. Es gibt durchaus Anerkennung für in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit. Daran anzuknüpfen lohnt, wenn sicher auch künftig angesichts der finanziellen Lage der Stadt, der politischen Konstellationen und der Zwänge von Bundesgesetzgebungen, Kompromisse und unpopuläre Entscheidungen nicht ausbleiben können. Zustimmung wird in dem Maße wachsen, wie es unsere Politiker, Abgeordnete und BVV-Mitglieder gemeinsam mit der Parteibasis verstehen, konsequente, transparente und die Bürger in die Entscheidungsprozesse einbeziehende Politik zu gestalten.

Renate Tepper
BO 12 Weissensee

■ DIE LINKE. als Schrittmacher

Das für uns negative Wahlergebnis zeigt u.a., dass wir es nicht verstanden haben, die Wähler der Grünen in unserem Sinne anzusprechen. Die zugezogenen Bürger aus den alten Ländern haben anscheinend

eine andere Sozialisation als unsere Stammwähler in den Kiezen wie dem Prenzlauer Berg.

Wie wir sie ansprechen können, dazu will ich Vorschläge machen: Wir sollten linke Umweltpolitik mehr in den Vordergrund stellen und unsere Inhalte in diesem Bereich überprüfen, so wie bspw. DIE LINKE. in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten uns mit dem grünen Wählerpotential konzeptionell auseinandersetzen und unsere Kritik an den politischen Vorschlägen von B'90/Die Grünen, insbesondere ihre Vorschläge zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen wie der BVG, stärker in den Mittelpunkt rücken.

Die Linke.PDS muss in der sich anbahnenden Koalition der Schrittmacher sein. Das heißt nach meinem Verständnis, in der Schulpolitik die Gemeinschaftsschule voranzubringen, aber gleichzeitig die ersichtlichen Mängel an den Schulen mehr zu beachten und zu versuchen, sie abzustellen.

Wenn den Bürgern hier der Schuh drückt, interessiert die Zukunftsvision erst in zweiter Linie. Es gibt doch zu denken, dass die Kritik über Mängel an den Schulen auch unsere Partei betraf. Aber keiner beachtete, dass dafür der SPD-Senator Böger zuständig ist. Eigentlich ungerecht, genauso wie unsere Wahlniederlage aber eben auch eine Chance für uns ist.

Hans-Joachim Wagner,
BO Humannplatz

■ Essentiell: Gemeinschaftsschule

Gerd Cramer hat als Direktkandidat im Wahlkreis 2 einen so engagierten Wahlkampf bestritten, wie wir ihn in Wilhelmsruh noch nie erlebt haben. Dafür herzlichen Dank. Auch wenn es diesmal nicht zum Gewinn des Direktmandates gereicht hat, haben wir verabredet, dass Gerd in den kommenden Jahren im Wahlkreis aktiv bleibt und in fünf Jahren wieder antritt.

In der zurückliegenden Wahlperiode haben unsere beiden Bezirksstadträtinnen, Almuth Nehring-Venus und Christine Keil, eine sehr engagierte Arbeit geleistet und dabei viele Spuren in Pankow hinterlassen. Im Hinblick auf die

Bildung des neuen Bezirksamtes Pankow hoffe ich, dass beide ihre Arbeit fortsetzen können.

Zu den Koalitionsverhandlungen mit der SPD: Ich unterstütze die Forderungen des Sonderparteitages vom 28. September. Die Formulierung „Einstieg in die Gemeinschaftsschule“ halte ich allerdings für zu unscharf: In den letzten Jahren ist es an den Schulen zu allerhand Unruhe gekommen. Wenn jetzt die Gemeinschaftsschule eingeführt und damit das kaiserliche dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden soll, muss diese Reform ordentlich vorbereitet werden und unbedingt unter Einschluss der Gymnasien durchgeführt werden. Das halte ich für ein unverzichtbares Essential.

Lars Klinkmüller
BO Wilhelmsruh

■ Nein zu Regieren um jeden Preis

PDS-Mandats- und Funktionsträger haben das Wahlergebnis 2001 als Auftrag zur politischen Verantwortung ausgewiesen. Die Praxis offenbarte, dass sie darunter Regierungsverantwortung nahezu um jeden Preis verstanden. 2006 haben Wähler dieser Politik eine eindeutige Absage erteilt. Es bedurfte erst einer solchen Niederlage, damit die dafür Verantwortlichen bereit waren, über deren Ursachen gründlich nachzudenken, einige sogar erstmals selbstkritisch.

Deshalb habe ich mich auf dem Basistag für die Annahme des Angebots der SPD zu Koalitionsgesprächen ausgesprochen. In eine Koalitionsregierung sollten wir aber nur dann einwilligen, wenn in der Vereinbarung eine deutliche Handschrift der Linkspartei gegen den neoliberalen Zeitgeist sichtbar wird. Starke Zweifel, wie dies der geschwächten Linkspartei, noch dazu mit dem gleichen Personal, gelingen soll, sind geblieben. Die Chance eines sozial gerechteren Neuanfangs sollte dennoch gewagt werden. Gelingt das nicht, ist der Weg in die Opposition unumgänglich, will man den Fortbestand der Partei nicht auf's Spiel setzen.

Andrej Reder
BO 405 Pastor-Niemöller-Platz

Stimmen des Basistages

Forum: Nach der Wahl



■ Partei für den Alltag

Die Linkspartei.PDS sollte einmal nicht nur eine Partei für Wahltage, sondern für den Alltag sein. Sie war es, und dieser Tatsache verdankte sie auch die einstigen Erfolge. Sie ist es heute kaum noch und dies ist Folge des Alterns bzw. Sterbens vieler Mitglieder. Nun ist eine neue Generation gefragt, die diese Aufgabe übernehmen kann.

Die Arbeit mit der abseits stehenden Jugend sollte deshalb für uns vorrangig sein. Aber auch unsere jüngeren, politisch aktiven Mitglieder, vor allem die Mandatsträger unserer Partei in den Bezirken sollten verantwortungsvoll in den Kiezen, im Alltag, aber auch in den Basisorganisationen wirken. Sie sollten dort nicht nur fest integriert, sondern führend sein. Dann werden sie sich auch nicht als Anhängsel einer Partei der Alten fühlen.

Und: Die Wirksamkeit der Basis kann wahrscheinlich nur durch strukturelle Veränderungen verbes-

sert werden. Damit können die Vorhaben (Projekte) der Partei breiter erläutert werden und Meinungen aus der Bevölkerung schneller berücksichtigt werden.

Wir sehen im persönlichen Gespräch mit Nachbarn und Verwandten die wichtigste Informationsvermittlung über unsere Partei. Signale und Meinungen aus der Bevölkerung sollten ständig und nicht nur hauptsächlich im Vorfeld von Wahlen berücksichtigt werden.

Bei der Wahl unserer Kandidaten für die BVV und das Abgeordnetenhaus sollten wir nicht nur davon ausgehen, ob wir den Genossinnen und Genossen eine gute Arbeit zutrauen, sondern auch, ob sie eng mit dem Leben in ihrem Wohngebiet verbunden sind, ob sie dort bekannt und geachtet sind.

*Manfred und Ursel Risch
BO 30/31 Pankow*

■ Wie weiter?

Wichtig ist jetzt, dass die Bürger Berlins das Vertrauen in unsere Partei zurückgewinnen. Dazu ist

erforderlich, dass sie bei Veränderungen und Projekten von Anfang an einbezogen und Möglichkeiten, Notwendigkeiten sowie Grenzen mit ihnen beraten werden. So könnten auch neue Ideen aus solchen Gesprächen entstehen. Notwendig ist es auch, dass die Mandatsträger darüber berichten, was erreicht wurde und was nicht bzw. welche Gründe es dafür jeweils gab. Dabei sollten auch eigene Fehler offen dargelegt werden. Also: zuhören, verstehen und verstanden werden wollen, bloß nicht referieren. Das kostet viel Zeit. Deshalb: Weniger vornehmen, aber was man sich vorgenommen hat, konsequent zu Ende führen.

Und nicht zuletzt sollten die Mandatsträger sowie die Mitglieder des Bezirks- und Landesvorstandes stärker in den Wahlkreisen präsent sein. Ich bin überzeugt, wir können es, wenn wir es wollen. Nur, was genau wollen wir?

*Uschi Claußen
BO Buch*

Nachdenkstein

Mitte Mai diesen Jahres wurde der Stolperstein für Dr. Hans Salomon Landshut vor dem Haus Bötzowstraße 53 vom Bildhauer Gunter Demnig verlegt. Dieses Projekt ging auf eine gemeinsame Initiative der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit dem Ortsverband Bötzowviertel der Linkspartei.PDS zurück. Stolpersteine sind kleine Denkma-

le von unten, Steine von zehn Quadratcentimetern, die ins Straßenpflaster eingelassen werden. Sichtbar bleibt nur die Messingplatte, in der Name, Geburtsjahrgang, Schicksal und Sterbedaten von Opfern des Faschismus eingraviert sind. Mit diesen Steinen geben die Nachgeborenen den Toten ihren Namen zurück.

Wer war dieser Dr. Landshut? Geboren wurde er am 14. Februar 1897 in Neumark im damaligen Westpreussen. Seit 1923 arbeitete er als Arzt und praktizierte seit 1933 im Bötzowviertel. Bis zu seiner Verhaftung führte er trotz des Verbots - jüdischen Ärzten wurde per Gesetz ab September 1938 die Zulassung entzogen - seine Praxis in der Bötzowstraße 53 weiter. Er arbeitete illegal mit den Antifaschisten Bruno und Maria Stein zusammen, gab flüchtigen jüdischen Menschen Unterkunft und versorg-

te sie mit Lebensmitteln. 1943 half er, den sowjetischen Kundschafter Josef Weingart zu verbergen und stellte ihm einen Radioapparat zum Bau eines Senders zur Verfügung. Am 7. Mai 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und im Mai 1944 ohne Gerichtsverfahren ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Er war als Häftlingsarzt tätig. Am 3. Oktober 1944 - er hatte immer noch die Hoffnung, entlassen zu werden und zu seiner Familie zurückkehren zu können - wurde er dort erschossen. Der Tag der Verlegung des Stolpersteins war für alle Anwesenden ein bewegender Augenblick. Klaus Lemnitz, Vorsitzender der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., sprach über Dr. Landshut und über die Verantwortung der heutigen Generationen, alles dafür zu tun, dass sich Krieg und Faschismus nicht wiederholen.

Martina Jahn



DIE BVV-FRAKTION DER LINKSPARTEI.PDS

- | | | |
|--------------------------|-------------------------|--------------------|
| 01. Burkhard Kleinert | 06. Thomas Goetzke | 01. Eveline Lämmer |
| 02. Almuth Nehring-Venus | 07. Ines Pohl | 12. Wolfram Kempe |
| 03. Christine Keil | 08. Sören Benn | 13. Katja Schmitt |
| 04. Michael van der Meer | 09. Katja Haese | 14. Moritz Naujack |
| 05. Anja Stiedenroth | 10. Dr. Axel Bielefeldt | |

DIE PANKOWER ABGEORDNETEN DER LINKSPARTEI.PDS IM ABGEORDNETENHAUS

- | | | |
|---|---|---|
| 01. Elke Breitenbach, Platz 11 der Landesliste, Haushalt-, Arbeitsmarkt- und Sozialexpertin | 03. Dr. Klaus Lederer, Platz 10 der Landesliste, Rechtsexperte | 05. Marion Seelig, Platz 5 der Landesliste, Innenexpertin |
| 02. Dr. Heidi Knake-Werner, Platz 2 der Landesliste, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz | 04. Stefan Liebich, Platz 8 der Landesliste, ehemaliger Fraktionsvorsitzender und nunmehr im Europa-Ausschuss | |

WANNWOWASWANNWOWASWANN

Termine

Donnerstag, 2. November
18 Uhr
Basistag zum Stand der Koalitionsverhandlungen, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
20 Uhr
Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

Termine

Donnerstag, 16. November
18 Uhr
Basistag zum Stand der Koalitionsverhandlungen, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
20 Uhr
Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

Termine

Samstag, 18. November
10 Uhr
Evtl. Sonderparteitag zum Beschluss über den Koalitionsvertrag

Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.linkspartei-pankow.de
eMail: redaktion@linkspartei-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Oktober 2006
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.